

ARMUT TROTZ ARBEIT | Ursachen, Betroffene und Akteure

Heinz Stapf-Finé

Zusammenfassung | „Armut trotz Arbeit“ ist ein widersprüchliches Phänomen: Mit „arbeiten“ und „arm sein“ sind Sachverhalte beschrieben, die sich vermeintlich ausschließen. Dennoch beschreibt der Begriff eine gesellschaftliche Realität, die als permanenter existenzieller Konflikt einer anwachsenden Bevölkerungsschicht wahrgenommen werden muss. Die Ursachen sowie die Herausforderungen für die Soziale Arbeit in diesem bislang nur unzureichend reflektierten Handlungsfeld werden im vorliegenden Text näher beleuchtet.

Abstract | „Working poor“ is an oxymoron. The terms „to work“ and „to be poor“ seem to describe facts that exclude each other. Nevertheless the combination of these terms describes the reality of social phenomenons that have to be recognized as a permanent existential conflict of a growing class. The article investigates its reasons and challenges for social work in a so far neglected field.

Schlüsselwörter ▶ Armut

▶ Erwerbstätigkeit ▶ Ursache ▶ Arbeitseinkommen
▶ Bildungsniveau ▶ Familie

1 Einleitung | Viele Menschen in Deutschland können sich und ihre Familien durch den Lohn ihrer Arbeit kaum ernähren. Nicht selten sind sie gezwungen, mehrere sogenannte Mini-Jobs anzunehmen oder in Leih- und Zeitarbeitsverhältnissen zu arbeiten. Der ARD-Film „Leiharbeit Undercover“¹ schildert die Erfahrungen des Autors *Markus Breitscheidel*, der ein Jahr lang als verdeckter Leiharbeiter arbeitete und recherchierte. Er berichtet über vielschichtige Formen der Diskriminierung am Arbeitsplatz: Leiharbeiterinnen und -arbeiter werden optisch von den festgestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern durch die Arbeitskleidung getrennt. Die Festangestellten distanzieren sich von den Leiharbeitern und Leiharbeiterin-

nen. Sie befürchten, ihre Festanstellung zu verlieren. Weiter berichtet *Markus Breitscheidel*, dass eine absolute Schweigepflicht über den eigenen Verdienst einzuhalten ist. Eine menschenwürdige Arbeitswelt sehe anders aus. In den Medien und der breiten Öffentlichkeit wird das gegenwärtige Problem der Zeitarbeiterinnen und -arbeiter oder der Geringverdienenden verstärkt thematisiert. Denn inzwischen stellt die Notwendigkeit zusätzlicher staatlicher Hilfeleistungen zum regulären Arbeitslohn keinen Einzelfall mehr dar, vielmehr nimmt sie stetig zu.

2 Begriffsbestimmung: Working Poor | Dem relativen Armutsbegriff zufolge gelten all diejenigen Personen als arm, die in einem Haushalt leben, der weniger als 50 Prozent des durchschnittlichen bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommens zur Verfügung hat.² Nach dieser Definition liegt die Armutsquote bei Arbeitslosen bei 25,8 Prozent und bei Erwerbstätigen bei 5,4 Prozent. In absoluten Zahlen bedeutet dies, dass in Deutschland eine Million Arbeitslose als arm gelten, aber eben auch zwei Millionen Erwerbstätige. Damit gibt es in Deutschland deutlich mehr arme Erwerbstätige als arme Arbeitslose. Insgesamt sind mehr als ein Viertel aller Armen erwerbstätig.³

Legt man die in Deutschland durch die Verwaltung festgelegten absoluten Armuts- und Bedürftigkeitsgrenzen zugrunde, an denen sich staatliche Leistungen orientieren (2006 lag die Schwelle bei 837 Euro monatlich), so ergibt sich, dass zwischen 1999 und 2005 die Armutsgefährdung bei den Erwerbstätigen von fünf auf neun Prozent und bei den Vollerwerbstätigen von drei auf sechs Prozent gestiegen ist.⁴ Als erwerbstätig werden in diesem Zusammenhang jene Personen bezeichnet, die mindestens 1 000 Jahresarbeitsstunden beschäftigt waren. Als voll-erwerbstätig gilt, wer pro Jahr mindestens 1820 Stunden beschäftigt war.

Gemessen an der von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) festgelegten Niedriglohnschwelle liegen Niedriglöhne bei weniger als zwei Drittel bei des mittleren Stundenlohns in einem Land. Laut einer Studie des Instituts für Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität

1 „Leiharbeit Undercover – Mein heimliches Leben in deutschen Fabriken“. Ein Film von *Julia Friedrichs*. Erstaussstrahlung 27.10. 2008, 21.00 Uhr, ARD.

2 vgl. <http://www.wiwi.uni-frankfurt.de/~strengma/Popperbroschuere.pdf>

3 vgl. <http://www.boeckler-boxen.de/1496.htm>

4 vgl. <http://doku.iab.de/kurzber/2009/kb0109.pdf>

Duisburg-Essen bezieht jeder fünfte Deutsche einen Niedriglohn. Rund 20,7 Prozent der Beschäftigten in Deutschland erhielten im Jahr 2008 einen Lohn unterhalb der Niedriglohnschwelle. Insgesamt 6,55 Millionen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen sind demnach im Niedriglohnssektor tätig. Innerhalb von zehn Jahren ist deren Zahl um 2,3 Millionen Menschen gewachsen. Im Untersuchungszeitraum von 1995 bis 2008 hat sich der Anteil der Niedriglohnbeschäftigten in Deutschland von 14,7 Prozent auf 20,7 Prozent erhöht.⁵

3 Ursachen | Es gibt eine Reihe von ökonomischen Ursachen für die Ausweitung des Niedriglohnssektors in Deutschland:

▲ Dem anfänglichen Boom nach der Wiedervereinigung folgte der Zusammenbruch der ostdeutschen Wirtschaft aufgrund mangelnder Wettbewerbsfähigkeit. Die hierdurch bedingte schwache Zuwachsrate an Arbeitsplätzen in Kombination mit Arbeitsplatzverlusten in Ostdeutschland sorgten für Arbeitslosenquoten bis zu 9,2 Prozent (vgl. *Bosch; Kalina* 2007, S. 57-59).

▲ Infolge dieser angespannten Situation am Arbeitsmarkt konnten nur minimale Reallohnsteigerungen erzielt werden, was den Konsum und somit die Binnennachfrage bis heute nachhaltig schwächt (vgl. *Bosch; Kalina* 2007, S. 61).

▲ Die Stagnation der Löhne führte zu einem florierenden Export und brachte damit einen Vorteil gegenüber dem Ausland: Die schwache Binnennachfrage sorgte dafür, dass in der Dienstleistungsbranche die Lohnsteigerungen gering ausfielen (vgl. *Bosch; Kalina* 2007, S. 63 f.).

▲ Die kurzfristigen Renditeerwartungen des Finanzsektors an die Unternehmen führten zu einem enormen Kostendruck; vor allem zu Lasten der Beschäftigten (vgl. *Bosch; Kalina* 2007, S. 64-66).

Die Ausweitung des Niedriglohnssektors wurde durch eine Reihe politischer Maßnahmen gestützt:

▲ Die Zumutbarkeitsregeln für Arbeitssuchende üben Druck auf die Löhne aus. Wenn Arbeitslose durch angedrohte Leistungskürzungen gezwungen werden, jede Stelle anzunehmen und zu Armutslöhnen zu arbeiten, wird staatliches Lohndumping betrieben.⁶

⁵ vgl. <http://www.iaq.uni-due.de/iaq-report/2010/report2010-06.pdf>

⁶ vgl. <http://www.dgb.de/themen/++co++media/pool-27fedff35dcaee92ed144b973005b143>

▲ Der Kombilohn verstärkt diese Tendenz ebenso: Durch staatliche Zuschüsse werden die Anreize verstärkt, zu niedrigsten Löhnen zu arbeiten.

Schließlich manifestieren gesellschaftliche Mechanismen sozialer Ungleichheit und mangelnder Partizipation die Ausweitung des Niedriglohnssektors:

▲ Der Zugang zu höherwertigen Schul-, Ausbildungs- und Berufsabschlüssen sowie zu einem Studium sind nach wie vor stark von der Herkunft, dem Bildungsstand und der beruflichen Stellung der Eltern bestimmt (vgl. *Butterwege* u.a. 2005, S. 140).

▲ Auch die Erwachsenen verfügen oft nicht über die Gelegenheit zu weiterbildenden Aktivitäten. Ein Grund dafür ist der Mangel an Zeit und Geld. Dies kann zu kultureller Verarmung führen (vgl. *Bürgi; Nägeli* 2001, S. 37).

▲ Ungenügendes Einkommen erschwert außerdem die Teilnahme am gesellschaftlichen und kulturellen Leben. Die Möglichkeiten im Bereich der Freizeitgestaltung sind eingeschränkt. Darunter fallen Kino-, Theater-, Museums- oder Ausstellungsbesuche, Ausflüge und Urlaub. Ebenfalls kann die Pflege sozialer Kontakte durch mangelnde Zeit- und Kraftressourcen sowie knappe finanzielle Mittel eingeschränkt sein (vgl. *Bürgi; Nägeli* 2001, S. 37). Durch zunehmende Homogenisierung des Freundeskreises und des Umfeldes resultiert soziale Segregation.

▲ Arbeit hat einen großen Einfluss auf unsere gesellschaftliche Stellung und unser Selbstwertgefühl. Die „working poor“ bewegen sich jedoch in einem Arbeitsumfeld niedriger oder ungenügender Löhne und sind oft mit erschwerten arbeitsvertraglichen Bedingungen konfrontiert. Dies wirkt sich eher nachteilig auf das Selbstwertgefühl, die gesellschaftliche Anerkennung und den Status aus (vgl. *Bürgi; Nägeli* 2001, S. 34).

4 Wer ist arm trotz Arbeit? | Im Folgenden wird betrachtet, welche gesellschaftlichen Gruppen trotz Erwerbstätigkeit besonders von Armut betroffen sind. Beleuchtet werden die Faktoren Berufsgruppe, Gender, Migration, Bildungsstand, Familienstand sowie Berufserfahrung und Altersgruppe.

4-1 Berufsgruppe | Niedriglöhne bei Vollzeitbeschäftigung finden sich besonders häufig im Dienstleistungssektor. Hier führen das Hotel- und Gaststättengewerbe, der Einzelhandel und personenbezogene Dienste die Statistiken an (vgl. *Grün; Rhein* 2007,

S. 9). Folgende Berufsgruppen sind besonders betroffen: Friseurinnen und Friseure, von denen 92,5 Prozent im Niedriglohnsektor arbeiten, gefolgt von den Floristinnen und Floristen (81 Prozent), Gästebetreuerinnen und -betreuern (75,2 Prozent) und den Wäscherinnen und Plätterinnen beziehungsweise Wäschern und Plättern mit 69,3 Prozent (vgl. *Rhein; Stamm* 2006, Tabelle 7).

4-2 Gender | Trotz der juristischen Gleichstellung von Mann und Frau besteht bis heute eine faktische Ungleichheit in der Wahrnehmung und Realisierung von Lebens- und Verwirklichungschancen. Auch am Arbeitsmarkt zeigt sich ein starkes Ungleichgewicht zwischen den Geschlechtern. Nach wie vor beträgt der aktuelle Entgeltunterschied zwischen Männern und Frauen in Deutschland 23 Prozent, europaweit knapp 18 Prozent.⁷ Zahlen und Fakten widerlegen simple Erklärungsversuche wie zum Beispiel das Argument schlechterer Qualifikationen von Frauen: Diese stellen einen Anteil von 55 Prozent der Hochschulabsolventinnen und -absolventen und sind damit klar in der Mehrheit, wenn es um höhere Bildungsabschlüsse geht.⁸ Darüber hinaus sind mehr Frauen als je zuvor berufstätig, jedoch weiterhin schlechter bezahlt als ihre männlichen Kollegen.⁹ Eine mögliche Ursache sind tradierte Rollenstereotype, die sich sowohl in der Aufgabenverteilung in den Familien als auch in der Berufswahl und dem Erwerbsverhalten von Jungen und Mädchen äußern. Bei familienbedingten Erwerbsunterbrechungen entstehen für Frauen gleich in zweifacher Hinsicht Lohneinbußen. Erstens sinken mit der Unterbrechung ihre Aufstiegschancen und zweitens reduzieren viele Frauen nach der Babypause ihre Stunden auf eine Teilzeitstelle.¹⁰ Ein weiterer Faktor, der Frauen mit Kindern die Rückkehr in den Arbeitsmarkt erschwert, ist die mangelhaften Kinderbetreuungsmöglichkeit, besonders in Westdeutschland (vgl. *Notz* 2008, S. 56).

Die Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen werden auch durch die Segregation am Arbeitsmarkt verstärkt. Frauen und Männer tendieren zu unterschiedlichen Tätigkeitsfeldern, wobei Frauen häufiger in Berufsfeldern arbeiten, die von der Gesellschaft

geringer geschätzt und somit schlechter bezahlt werden. In Management- und Führungspositionen sind Frauen unterdurchschnittlich vertreten. In den Unternehmen der EU beträgt der Frauenanteil beispielsweise nur 32 Prozent im Management, 10 Prozent in den Vorständen der größten Unternehmen und 29 Prozent in der Wissenschaft und bei Ingenieurinnen und Ingenieuren in ganz Europa.¹¹

4-3 Migration | Migrantinnen und Migranten sind aufgrund mehrerer Faktoren von Armut betroffen. Ihr Zugang zum Arbeitsmarkt ist erschwert und die Bezahlung in der Regel schlechter als im Durchschnitt. Dies führt häufig zu mangelhaften Wohnverhältnissen. Diskriminierung und ein eingeschränkter Zugang zu (Weiter-)Bildung stellen zusätzliche Bedingungen für Armut trotz Erwerbstätigkeit dar. Im Zuge der Anwerbung von sogenannten Gastarbeitern (vgl. *Münz* u.a. 1999, S. 42 ff.) wurden Arbeitskräfte in einfachen Beschäftigungsformen gesucht. Zudem ging man davon aus, dass „Gastarbeiter“ nur vorübergehend im Land sein würden. Daraus folgte, dass sie geringe Sprachkenntnisse erwarben. Das niedrige Bildungsniveau sowie die fehlende Anerkennung der Ausbildungs- und Berufsqualifikationen, die in den jeweiligen Herkunftsländern erworben wurden, führten zu eingeschränkten Bildungschancen und beschränkten beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten für die Migrantinnen und Migranten. Die Nachfolgenerationen sind diesem Dilemma in einer Art von Armutsspirale ebenfalls ausgesetzt.

Menschen mit Migrationshintergrund üben zwar in der Regel einen Beruf aus, jedoch überwiegend in Bereichen, in denen die Arbeitgeberinnen und -geber selbst einen Migrationshintergrund besitzen. Ihnen werden niedrige Löhne bezahlt, wohl wissend, dass sie auf diese Niedriglöhne angewiesen sind und ihnen aufgrund geringer Sprachkompetenzen und fehlender sozialer Integration kaum Möglichkeiten bleiben, diesen Abhängigkeiten zu entkommen. Das führt dazu, dass diese Menschen arm sind, obwohl sie einer Vollzeitbeschäftigung nachgehen. Insgesamt leben in Deutschland 10 758 061 Personen mit Migrationshintergrund, das sind 13 Prozent der Bevölkerung. Von ihnen gelten 28,2 Prozent als arbeitsgefährdet, im Vergleich zu 11,6 Prozent der Menschen ohne Migrationshintergrund. Untergliedert man die Personengruppen mit Migrationshintergrund, so sind

⁷ vgl. <http://www.equalpayday.de/10.html>

⁸ vgl. <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=682&langId=de>

⁹ vgl. [Fachtagung_ZGF_2008_Trotz_Abschluss_arm\(1\).pdf](#)

¹⁰ vgl. <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=682&langId=de>

¹¹ vgl. [Fachtagung_ZGF_2008_Trotz_Abschluss_arm\(1\).pdf](#)

Anteil atypisch Beschäftigter an abhängig Beschäftigten (in Prozent)

beruflicher Bildungsabschluss	1997	1999	2001	2003	2005	2007
ohne anerkannte Berufsausbildung	26,7	29,8	31,3	33,1	35,0	39,9
Lehre, Berufsfachschule	16,5	19,1	19,5	20,6	23,1	25,0
tertiärer Abschluss	14,5	15,5	15,6	16,2	17,3	18,3

Quelle: Statistisches Bundesamt 2008

Spätaussiedler zu 20,7 Prozent, Eingebürgerte zu 24,7 Prozent und zugewanderte oder hier geborene Ausländer zu 34,2 Prozent armutsgefährdet (vgl. *Bundesministerium für Arbeit und Soziales* 2008, S. 141).¹²

4-4 Bildungsstand | Dass ein hoher Bildungsstand die beste Voraussetzung für gut bezahlte Arbeit darstellt, gilt in Literatur und Politik als unbestritten. Die berufliche Stellung und das Bildungsniveau der Eltern stehen in einem deutlichen Zusammenhang zu den schulischen Leistungen und dem beruflichen Werdegang ihrer Kinder. Ein Kind aus einem Elternhaus mit hohem sozialen Status hat bei gleichen kognitiven Fähigkeiten und gleicher Lesekompetenz eine 2,7-mal so hohe Chance, eine Gymnasialempfehlung zu bekommen, wie ein Facharbeiterkind. Die Chance, ein Studium aufzunehmen, ist hier sogar 7,4-mal höher als die eines Kindes aus einem Elternhaus mit niedrigerem sozialen Status. Soviel zur Bildungsungleichheit in Deutschland.¹³

Der Faktor Bildung ist für das Risiko der atypischen Beschäftigung¹⁴ von besonderer Bedeutung. Hierbei haben sowohl die Schulbildung als auch die Berufsausbildung großen Einfluss. Je höher der Bildungsabschluss ist, desto geringer ist der Anteil atypisch Beschäftigter (siehe Tabelle).

Von den Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen mit einer beruflichen Ausbildung befanden sich 2007 25 Prozent in prekären Beschäftigungsverhältnissen,

¹² Die Armutsgefährdung beziehungsweise das Armutsrisiko wird definiert als Anteil der Personen in Haushalten, deren bedarfsgewichtetes Nettoäquivalenzeinkommen weniger als 60 Prozent des Mittelwertes (Median) aller Personen beträgt.

¹³ vgl. http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.88749.de/diw_sp0128.pdf, S. 2

¹⁴ Zu den Formen atypischer beziehungsweise prekärer Beschäftigung zählen Teilzeitbeschäftigungen mit 20 und weniger Wochenstunden, geringfügige Beschäftigung, befristete Beschäftigung und die sogenannte Zeitarbeit, auch Leiharbeit oder Arbeitnehmerüberlassung genannt. Sie schließen sich nicht gegenseitig aus.

1997 waren es 16,5 Prozent. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit tertiären Bildungsabschlüssen befanden sich demgegenüber zu 18,3 Prozent in atypischen Beschäftigungsformen, 1997 waren es knapp vier Prozentpunkte weniger. Diese Gruppe hatte den geringsten Anstieg zu verzeichnen.

4-5 Familienstand | Eine hohe Armutsgefährdung findet sich vor allem bei kinderreichen Familien und Alleinerziehenden (vgl. *Berliner Beirat für Familienfragen* 2011, S. 93 ff.) sowie insbesondere bei Migrantinnen, Migranten und jungen Familien in der Familiengründungsphase (vgl. *Bien; Weidacher* 2004, S. 83 ff.). Für alle Familienformen lässt sich feststellen, dass das Armutsrisiko mit der Anzahl der Kinder steigt (vgl. *Schirmacher* 2007, S. 94 ff.). Die Einkommenssicherung der betroffenen Familien wird vor allem durch die fehlende oder geringe Erwerbstätigkeit der Mutter erschwert, die durch längere berufliche Auszeiten, geringe zeitliche Flexibilität, fehlende Möglichkeiten zur Kinderbetreuung sowie Teilzeitbeschäftigung bedingt ist. Insbesondere bei Alleinerziehenden reicht das Einkommen nicht zur Sicherung des Lebensunterhalts (vgl. *Berliner Beirat für Familienfragen* 2011, S. 93 ff.). Alleinerziehende sind daher im Durchschnitt wirtschaftlich schlechter gestellt als gemeinsam Erziehende (vgl. *Schirmacher* 2007, S. 92 ff.). Die Armutsgefährdung Alleinerziehender wird häufig zusätzlich durch fehlende Unterhaltszahlungen erhöht.

Bei Paaren wurde festgestellt, dass die Mütter umso seltener einer Erwerbstätigkeit nachgehen, je jünger die Kinder sind (vgl. *Berliner Beirat für Familienfragen* 2011, S. 16 ff.). Ist unabhängig vom Alter der Kinder nur der Mann erwerbstätig, spricht man von der „Hausfrauen-Ehe“, in der die Frau für die Familienarbeit zuständig ist. Zu diesem Modell sind eher gering qualifizierte Frauen bereit. Frauen mit einem höheren Bildungsabschluss sind weniger geneigt, die berufliche Karriere zugunsten von Familienarbeit zu opfern (vgl. *Bien; Weidacher* 2004, S. 107 ff.).

4-6 Berufserfahrung und Altersgruppe |

Von Berufserfahrung wird im Allgemeinen dann gesprochen, wenn durch die Arbeitstätigkeit spezielle Kompetenzen, Fähigkeiten und Fertigkeiten entwickelt und erweitert wurden. (Lance u.a. 1989, S. 249-272). Wichtig ist, dass Berufserfahrung nicht nur die quantitative, also zeitliche Komponente enthält, sondern auch eine qualitative, die zum Beispiel aus Herausforderungen und Erfolg resultiert. Es liegt nahe zu vermuten, dass sich eine umfangreiche Berufserfahrung in sicheren und ausreichend entlohnten Arbeitsverhältnissen widerspiegelt. Das würde im Umkehrschluss bedeuten, dass sich in prekären Arbeitsverhältnissen häufiger Personen mit geringer Berufserfahrung finden lassen. Schätzungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), nach denen die Lohnflexibilität mit zunehmender Berufserfahrung (in Jahren) deutlich sinkt, könnten diese Annahme stützen. Auch sinkt der Lohn bei Personen mit geringer Berufserfahrung, wenn gleichzeitig die Arbeitslosenquote in derselben Personengruppe steigt (vgl. Brücker; Jahn 2010). Personen ohne eine abgeschlossene Berufsausbildung werden als gering qualifiziert eingestuft und finden sich deshalb auf der untersten Stufe der Gehaltsleiter. Für sie ist es deshalb auch gar nicht möglich, Berufserfahrung, die sie ja trotzdem haben können, in gute Entlohnung umzusetzen. Man kann also nicht pauschal sagen, dass Personen in prekären Arbeitsverhältnissen generell über wenig Berufserfahrung verfügen.

Konkrete Aussagen über den Zusammenhang zwischen Alter und prekärer Beschäftigung zu treffen, fällt schon viel leichter: Es lassen sich zahlreiche Studien darüber finden, in welche Altersgruppen sich die „working poor“ unterscheiden lassen. Der Anteil atypisch Beschäftigter war 2007 vor allem unter den jungen Menschen von 15 bis 24 Jahren, unter den Personen ohne anerkannte berufliche Ausbildung und unter den Nicht-EU-Ausländerinnen und -Ausländern sehr hoch. Während der Anteil der atypisch Beschäftigten bei den 15- bis 24-jährigen abhängig Beschäftigten 2007 bei 39,2 Prozent lag, bewegten sich die Anteile der anderen Altersgruppen zwischen 26,6 Prozent und 22,4 Prozent. Es finden sich jedoch keine Anzeichen für eine stärkere Beteiligung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an atypischer Beschäftigung. Die Anteile für die Altersgruppen zwischen 45 und unter 65 Jahren weisen sogar die niedrigsten Werte auf.

5 Wer befasst sich mit dem Thema „Armut trotz Arbeit“? |

Noch sind Hilfsangebote für die „arbeitenden Armen“ dürrig. Kein Internetportal klärt über die Angebotslage in Deutschland auf, zumal kaum sozialpädagogische Angebote speziell für diese Gruppe bestehen. Für die „working poor“ ist das Jobcenter im Rahmen sogenannter ergänzender Leistungen zum Lebensunterhalt zuständig und so beziehen niedrig entlohnte Menschen Leistungen vom Staat, obwohl sie erwerbstätig sind. Wenn das Einkommen trotz Arbeit nicht reicht, um den Lebensunterhalt zu bestreiten, besteht für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Möglichkeit, das Gehalt durch Wohngeld, Kinderzuschlag und Hartz IV aufzustocken. So werden aus niedrig entlohnenden Menschen sogenannte Aufstocker und aus Zuwendungen für die „working poor“ wird subventioniertes Lohndumping. Diese Transferleistungen zur Aufstockung unterstützen ein Wirtschaftssystem, das auf niedrigen Löhnen basiert. Damit erhalten Firmen grünes Licht für eine Unternehmenspolitik, welche die Gewinnmaximierung zu Lasten der Belegschaften betreibt.

Zwischen allen Möglichkeiten, Grenzen und Hintertürchen der Arbeitsmarktpolitik muss die Sozialarbeit aus zwei Gründen eine klare Position, bestenfalls unabhängig von Parteiprogrammen und Parteipolitik, finden: Zum einen sind niedrig entlohnte Menschen aufgrund ihrer zunehmenden gesellschaftlichen Exklusion eine Zielgruppe Sozialer Arbeit. Ferner werden viele Angestellte des Sozialen Sektors selbst nur schlecht entlohnt (vgl. Grote 2011, S. 22). Daraus folgt nicht allein die Notwendigkeit, die Bevölkerung über die Hintergründe des Lohndumpings aufzuklären und ihrem Anliegen eine gewichtige Stimme zu verleihen. Darüber hinaus muss sich die Sozialarbeit auch kritisch mit ihrer Stellung in den öffentlichen Strukturen auseinandersetzen.

Die Soziale Arbeit muss Angebote erarbeiten, die über die Beratung zu und die Vermittlung von Sozialleistungen als Ausgleich zu niedrigem Einkommen hinausgehen. Die Gruppe der von Armut betroffenen Beschäftigten ist in sich äußerst heterogen und stellt keine einheitliche Klientel der Sozialen Arbeit dar. Einzelne Gruppen, die trotz ihrer Erwerbstätigkeit nicht ausreichend Geld verdienen, um sich und ihre Familie unterhalten zu können, erfahren bislang lediglich aufgrund der Folgen prekärer Beschäftigungsverhältnisse Beratung und Unterstützung

durch Einrichtungen der Sozialen Arbeit. Das Beratungskriterium ist hierbei also nicht explizit die Tatsache, trotz Arbeit arm zu sein.

Niedrige Löhne entwerten Arbeit, führen zu materieller Bedürftigkeit und Einschränkungen der gesellschaftlichen Teilhabe. Das Leben an der Existenzgrenze geht mit vielfältigen Ausgrenzungen einher, weil keine ausreichende kulturelle und gesellschaftliche Teilhabe wahrgenommen werden kann. Erschwerend kommt hinzu, dass sich im Gesundheitswesen zusätzliche Kosten wie die Praxisgebühr, Rezeptgebühren und nicht erstattete „Individuelle Gesundheitsleistungen“ (IGEL) etabliert haben und nun fester Bestandteil der medizinischen Versorgung in Deutschland sind. Ausgrenzungen werden ebenso deutlich, wenn Kinder niedrig entlohnter Menschen kein Studium absolvieren können, weil die Studiengebühren nicht bezahlt werden können. Soziale Arbeit muss auch diejenigen im Blick haben, die trotz Arbeit arm sind. Beratungsangebote müssen spezifisch auf die „working poor“ ausgerichtet sein.

Doch die Soziale Arbeit sollte mehr leisten, als die Betroffenen lediglich aufzufangen. Qualifikationen und Weiterbildungsmaßnahmen müssen ausgebaut und vermittelt werden, um Chancengerechtigkeit zu erhöhen und Betroffene für die gestiegenen Anforderungen auf einem Arbeitsmarkt zu befähigen, der verstärkt vom Dienstleistungs- und weniger vom produzierenden Gewerbe geprägt ist. Insbesondere für Geringqualifizierte ist der Einstieg in den Arbeitsmarkt erschwert. Deshalb sollte Soziale Arbeit niedrig entlohnte Menschen zur politischen Teilhabe befähigen und für die gesellschaftlichen Bedingungen ihrer individuellen Lebenssituation sensibilisieren, damit sie für ihre Interessen eintreten und aktiv werden können. Zudem ist politische Lobbyarbeit erforderlich, um eine angemessene Entlohnung von Arbeit durchzusetzen und um zu vermeiden, dass der Niedriglohnsektor für manche Bevölkerungsgruppen zum alternativlosen Zugang zum Arbeitsmarkt wird.

Die Mehrzahl der Akteure aus dem sozialen Bereich spricht sich in diesem Kontext für einen gesetzlichen Mindestlohn aus. Der Deutsche Berufsverband für Soziale Arbeit e.V. (DBSH) betont bezüglich der Armutsbekämpfung die Notwendigkeit, dass Soziale Arbeit politischer werden müsse (vgl. *DBSH* 2010, S. 2). In seiner Saarbrücker Erklärung fordert der

Berufsverband die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns (vgl. *ebd.*, S. 8). In einer Stellungnahme zu den Sparbeschlüssen der Bundesregierung („Der Ausschluss aus der Gesellschaft ist beschlossene Sache“, 2011)¹⁵ nimmt der Funktionsbereich Fach-, Sozial- und Gesellschaftspolitik des DBSH Bezug auf EU-Kommissar *László Andor*, der Mindestlöhne als „Schlüsselinstrument zur Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung“ benennt. Weitere Forderungen beziehen sich auf „bessere Teilhabemöglichkeiten an Bildung für Menschen mit niedrigen und niedrigsten Einkommen“ (*DBSH* 2010, S. 7). Der DBSH spricht sich dafür aus, Regelsätze des Sozialgesetzbuchs II anzuheben und statt Ein-Euro-Jobs differenzierende Angebote der Arbeitserprobung einzuführen (vgl. *ebd.*, S. 7). Neben der materiellen Existenzsicherung hat der Verband dabei insbesondere „Bildungs-, Chancen- und Verteilungsgerechtigkeit“ sowie „Gesundheit und Menschenwürde“ im Blick (*ebd.*, S. 8). Außerdem fordert der DBSH eine verbesserte Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie (vgl. *ebd.*, S. 6, *Sozialverband VdK Deutschland* e.V. 2010). Der Ausbau der Kinderbetreuung führt dazu, dass Eltern, insbesondere Mütter und Alleinerziehende, von einer Teilzeit- in eine Vollzeitbeschäftigung wechseln und dadurch ihren Lebensunterhalt selbstständig bestreiten können.

Weitere Akteure aus dem sozialen Bereich äußern ähnliche Forderungen, die jedoch in den meisten Fällen allgemein bleiben. Das Thema „working poor“ hat jüngst viel mediale Aufmerksamkeit erfahren. Die Situation wird aber oft nur theoretisch beschrieben und mit Fakten hinterlegt. Die Tatsache, dass Arbeit allein Armut nicht verhindert, bedarf jedoch einer praktischen Gegensteuerung.

Professor Dr. Heinz Stapf-Finé lehrt Sozialpolitik und ist Studiengangsleiter BA Soziale Arbeit an der Alice Salomon Hochschule in Berlin, Alice-Salomon-Platz 5, 12627 Berlin, E-Mail: stapf-fine@ash-berlin.eu

Literatur

Berliner Beirat für Familienfragen (Hrsg.): Zusammenleben in Berlin. Der Familienbericht 2011. Zahlen, Fakten, Chancen und Risiken. Berlin 2011

Bien, W.; Weidacher, A. (Hrsg.): Leben neben der Wohlstandsgesellschaft. Familien in prekären Lebenslagen. Wiesbaden 2004

15 vgl. http://www.dbsch.de/html/hauptteil_stellungnahme.dbsch.html#ausschluss

Bosch, G.; Kalina, T.: Niedriglöhne in Deutschland – Zahlen Fakten Ursachen In: Bosch, G.; Weinkopf, C. (Hrsg.): Arbeiten für wenig Geld – Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland. Frankfurt am Main 2007

Brücker, H.; Jahn, E.: Arbeitsmarktwirkungen der Migration: Einheimische Arbeitskräfte gewinnen durch Zuwanderung (IAB-Kurzbericht 26/2010). Nürnberg 2010. In: <http://doku.iab.de/kurzgraf/2010/kbfolien26104.pdf> (Abruf am 15.2.2012)

Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Lebenslagen in Deutschland. Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Berlin 2008. In: <http://www.bmas.de/DE/Service/Publikationen/forschungsbericht-der-3-armuts-und-reichtumsbericht-der-bundesregierung.html> (Abruf am 14.2.2012)

Bürgi, E.H.; Nägeli, K.I.: Working poor. Ein soziales Problem – ein Problem für die Soziale Arbeit. Berlin 2001

Butterwegge, C.; Klundt, M.; Zeng, M. (Hrsg.): Kinderarmut in Ost- und Westdeutschland. Wiesbaden 2005

DBSH – Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V.: Saarbrücker Erklärung. Berlin 2010. In: <http://www.dbsch.de/Saarbruecker-Erklaerung.pdf> (Abruf am 15.2.2012)

Grote, H.: Macht und Ohnmacht in der Sozialen Arbeit: Strukturen Sozialer Dienstleistungen in Berlin und Brandenburg und ihre Bedeutung für die Beschäftigungssituation der Fachkräfte. Berlin 2011. In: http://www.gew-berlin.de/documents_public/MQ_Abschlussbericht_Fachkraeftebefragung.pdf (Abruf am 15.2.2012)

Grün, C.; Rhein, T.: Eine Bestandsaufnahme: Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland. In: IAB-Forum 1/2007, S. 8-12. In: <http://www.iab.de/188/section.aspx/Publikation/k080104a05> (Abruf am 15.2.2012)

Lance, C.E.; Hedge, J.W.; Alley, W.E.: Joint relationships of task proficiency with aptitude, experience, and task difficulty: A cross-level interactional study. *Human Performance* 2/1989, S. 249-272

Münz, R.; Seifert, W.; Ulrich, R.: Zuwanderung nach Deutschland: Strukturen, Wirkungen, Perspektiven. Frankfurt am Main 1999

Notz, G.: Geschlechterstereotypen und weibliche Karrieremuster in der Wissenschaft. In: Bultmann, T.: Prekarisierung der Wissenschaft. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Manuskripte Nr. 78. Berlin 2008

Rhein, T.; Stamm, M.: Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland – deskriptive Befunde zur Entwicklung seit 1980 und Verteilung auf Berufe und Wirtschaftszweige (IAB-Forschungsbericht 12/2006). Nürnberg 2006. In: <http://www.iab.de/185/section.aspx/Publikation/k060710n13> (Abruf am 16.2.2012)

Schirmacher, T. (Hrsg.): Die neue Unterschicht. Armut in Deutschland? Holzgerlingen 2007

Sozialverband VdK Deutschland e.V.: Positionspapier Armut. Bonn 2010. In: <http://vdk.de/de/23885> (Abruf am 15.2.2012)

Statistisches Bundesamt: Atypische Beschäftigung auf dem Deutschen Arbeitsmarkt. Wiesbaden 2008, S. 16. In: http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pk/2008/Arbeitsmarkt/Pressebrochure___Arbeitsmarkt.property=file.pdf (Abruf am 15.2.2012)

VIELFALT EHREN – ZIVILGESELLSCHAFT STÄRKEN | Theoretische Ansätze für die Soziale Arbeit nutzen

Verena Becker

Zusammenfassung | Der Artikel fragt nach einem neuen Politikverständnis mit einer starken Zivilgesellschaft im Zentrum, die in der Lage ist, Vielfalt zu ehren und an der auch benachteiligte Gruppen der Gesellschaft partizipieren können. Vorgestellt werden drei theoretische Ansätze, aus denen sich wichtige Aspekte für eine starke und vielfältige Zivilgesellschaft ableiten lassen. Diese werden dann dazu verwendet, anhand eines konkreten Beispiels Handlungsansätze für die Praxis zu formulieren, um eine Verbindung zwischen Theorie und Praxis der Zivilgesellschaft herzustellen. Im Resümee wird am Beispiel des Themas auf die Notwendigkeit einer stärkeren Verknüpfung zwischen Theorie und Praxis in der Sozialen Arbeit eingegangen und es werden Herausforderungen formuliert, die sich dadurch für unterschiedliche Akteure ergeben.

Abstract | The article asks for a new understanding of politics, focussed on a strong civil society, which is capable of appreciating diversity and which allows disadvantaged groups of society, as well, to participate in it. The author presents three theoretical approaches, which contain some important aspects for a strong and diverse civil society. These approaches are used to formulate practicable courses of action on the basis of a concrete example, thus establishing a link between the theoretical and practical side of civil society. In the summary the necessity of a stronger link between theory and practice in social work is underlined in the context of the topic, and challenges thus arising for different protagonists are formulated.

Schlüsselwörter ► Sozialstaat ► Zivilgesellschaft
► Politik ► Theoriebildung ► Soziale Arbeit